

## **Stellungnahme des DGB Bezirk NRW**

**Wirtschaftspolitische Kehrtwende endlich einleiten  
– Zukunftschancen für den Produktionsstandort Nordrhein-  
Westfalen sichern. Wohlstand und Wachstum stärken.  
Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen**

**Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion FDP,  
Drucksache 16/11222 (Neudruck)**

**Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie,  
Industrie, Mittelstand und Handwerk am 07.09.2016**

Düsseldorf, den 06.09.2016

## **Zu Frage 1:**

### **Wie bewerten Sie die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Nordrhein-Westfalen im Allgemeinen?**

NRW gehört nach wie vor zu den stärksten Wirtschaftsregionen in Europa (Eurostat: Regionales Bruttoinlandsprodukt nach NUTS-2-Regionen). Laut dem ifo Geschäftsklimaindex vom Juli 2016 hat sich das Geschäftsklima in NRW zum fünften Mal in Folge verbessert, wobei insbesondere das Verarbeitende Gewerbe die Perspektive positiv bewertet hat.

Allerdings steht NRW – wie viele entwickelte Industrieregionen – vor einer ganzen Reihe neuer Herausforderungen, die eng mit dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel verknüpft sind (vgl. VDI Technologiezentrum, 2015: Gesellschaftliche Veränderungen 2030. Ergebnisband 1 zur Suchphase von BMBF-Foresight Zyklus II). Diese Wandlungsprozesse treffen in jedem Bundesland, so auch in NRW, auf eine spezifische Situation. Der „alte“ Strukturwandel im Lande ist noch immer nicht beendet. Die regionalen Disparitäten sind nach wie vor groß (vgl. NRW.Bank.Research, Regionalwirtschaftliche Profile Nordrhein-Westfalen im Vergleich 2016).

Als Gewerkschaften schauen wir besonders auf die soziale Dimension des Wandels in NRW. Soziale Probleme wie die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit und zu hohe Armutsquoten sind nicht zu übersehen. Zwar ist der Beschäftigungsstand hoch, doch gibt es Verbesserungsbedarf bei der Qualität der Arbeit. Der Niedriglohnsektor hat sich beständig ausgedehnt, viele Beschäftigte empfinden die Arbeitsintensität und Arbeitsbelastungen als zu hoch (vgl. DGB-Index Gute Arbeit). Nachhaltige Wirtschaftspolitik muss dazu beitragen, eine Spaltung des Arbeitsmarktes zu verhindern und – wo sie bereits existiert – zu überwinden.

Gleichzeitig verfügt NRW aus unserer Sicht über gute Voraussetzungen für eine positive Gestaltung dieser Veränderungsprozesse. Das Land besitzt eine starke industrielle Basis, einen vielfältigen Dienstleistungssektor, eine qualifizierte Arbeitnehmerschaft und eine breite Wissenschaftslandschaft. 99% der Unternehmen in NRW sind KMU, die rund 80% der sozialversicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen.

Zu den prägenden wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zählen für uns auch die Sozialpartnerschaft und die Mitbestimmung. Nicht zuletzt durch eine funktionierende Sozialpartnerschaft ist NRW glimpflich durch die große Wirtschaftskrise 2008 gekommen. Auch die Gestaltung von Zukunftsaufgaben wie der Digitalisierung wird nicht ohne, und schon gar nicht gegen die Belegschaften gelingen.

Aus gewerkschaftlicher Sicht gewinnt eine nachhaltige und vorausschauende Wirtschaftspolitik in NRW durch die aktuellen Entwicklungen eher noch an Bedeutung hinzu.

### **Zu Frage 2:**

#### **Wie bewerten Sie die politischen Rahmenbedingungen für Wertschöpfung, Beschäftigung und Unternehmertum in NRW im Vergleich zu anderen Bundesländern?**

Mit rund 18 Millionen Einwohnern ist NRW das bevölkerungsstärkste Bundesland. Es verfügt mit einem Bruttoinlandsprodukt von 646 Mrd. € (2015, nominal) über die größte Wirtschaftskraft. Nach vorläufigen Schätzungen ist die Wirtschaft allerdings zuletzt nicht gewachsen.

Folgt man der Wirtschaftsstatistik, dann hat das Produzierende Gewerbe in NRW schon seit langem Wachstumsanteile verloren, die allerdings bis vor kurzem noch vom Dienstleistungssektor kompensiert werden konnten. Dies ließe sich als Bedeutungsverlust der Industrie interpretieren. Das aktuelle Wachstumsproblem resultierte dann daraus, dass der Dienstleistungssektor diese Kompensationsleistung nicht mehr schafft. Allerdings werden die Grenzen zwischen Industrie und Dienstleistung z.B. durch Outsourcing immer flüssiger, so dass die Frage ist, ob es sich beim Bedeutungsverlust der Industrie nicht nur um ein statistisches Artefakt handelt.

Ein pauschaler Vergleich mit anderen Bundesländern auf der Basis von wenigen oder nur einem einzigen Makro-Indikator wie dem BIP ist aus unserer Sicht nicht aussagekräftig und trägt wenig zur Lösung tatsächlicher Probleme bei. Bezogen auf einzelne Themen, Strategien, Instrumente und Lösungsansätze kann es dagegen sinnvoll sein von anderen zu lernen. Dies erfordert allerdings eine sorgfältige Analyse (vgl. exemplarisch den Ansatz von Hagemann, H. u.a., 2011: Die Bedeutung von Innovationsclustern, sektoralen und regionalen Innovationssystemen zur Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft).

### **Zu Frage 3:**

#### **Nach dem großen Strukturwandel im Steinkohlenbergbau, in der Stahl- und Textilindustrie mit dem Verlust von über 2 Mio. Arbeitsplätzen in NRW gibt es aktuell eine weitere Welle des Strukturwandels in der Energiewirtschaft, in der Stahlindustrie, in der Chemieindustrie. Wie stark ist NRW, im Vergleich zu anderen Bundesländern, von diesem aktuellen Prozess betroffen?**

NRW weist infolge seiner großen Bevölkerungsdichte und seiner großen Wirtschaftskraft einen hohen Energieverbrauch auf (13.132 PJ 2014). Zugleich erreicht NRW bei der gesamten Bruttostromerzeugung in Deutschland einen Anteil von fast 30% und erzielt im Bundesländervergleich einen hohen Stromexport. 240.000 Arbeitsplätze in NRW hängen an der Energiewirtschaft (2014).

Mit ca. 40% ist NRW das Bundesland mit der größten Stahlerzeugung. Von den 87.000 Arbeitsplätzen der deutschen Stahlindustrie befinden sich

47.600 in NRW. Studien belegen zudem, dass an jedem Arbeitsplatz in der Stahlindustrie fünf bis sechs Arbeitsplätze in Zulieferindustrie hängen.

Die chemische Industrie in NRW gehört mit über 91.200 Beschäftigten und rund 47 Mrd. Euro Umsatz zu den Schlüsselindustrien des Landes. Im Vergleich der internationalen Chemieregionen hält sie damit Rang 5 in der EU und Rang 13 weltweit. Etwa 28% der Beschäftigten dieser Branche in Deutschland arbeiten in NRW. (Bericht der Enquetekommission zur Zukunft der chemischen Industrie in NRW, S. 5).

#### **Zu Frage 4 und 9:**

**Darüber hinaus zeichnet sich durch die zunehmende Digitalisierung unserer Wirtschaft der nächste, alle Branchen umfassende Strukturwandel ab. Wie gut ist NRW im Vergleich zu anderen Bundesländern auf diesen Strukturwandel vorbereitet?**

Vieles an der „Industrie 4.0“ ist heute noch Vision. Über den Markterfolg entscheidet letztlich nicht der Grad der Digitalisierung als solcher, sondern dessen Beitrag zur Verbesserung der klassischen ökonomischen Parameter. Wer schneller, billiger und zu besserer Qualität produzieren kann, wird seinen Konkurrenten übertreffen. Unternehmen, die diese Prozesse beherrschen, werden auch künftig wettbewerbsfähig sein und können Arbeitsplätze sichern oder neue schaffen. Unternehmen, die hier nicht mithalten können, werden große Probleme bekommen, Arbeitsplätze werden bedroht. Aus Sicht der Gewerkschaften eröffnen neue Technologien aber auch einen Möglichkeitsraum zur Gestaltung Guter digitaler Arbeit. Diese Spielräume gilt es zu nutzen, um wettbewerbs- und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen.

Gerade bei KMU ist heute keineswegs von vornherein klar, welche 4.0-Anwendungen für das jeweilige Unternehmen überhaupt relevant sind und einen spürbaren Mehrwert versprechen. Entsprechend zurückhaltend agieren viele KMU. Techniqueuphorie und Managementutopien liefern noch lange kein tragfähiges Geschäftsmodell. Wir begrüßen Initiativen, die auf die Beratung und Unterstützung von KMU zielen, und die Orientierungshilfe bieten sollen. Allerdings sollte dabei frühzeitig die Beteiligung von Interessensvertretungen und Beschäftigten sichergestellt sein.

Digitalisierung/ Industrie 4.0 ist viel mehr als Algorithmen und Breitband. Die Innovationsfähigkeit nordrhein-westfälischer Unternehmen hängt a.u.S. auch bei der Digitalisierung ganz entscheidend von der Verfügbarkeit gut qualifizierter, motivierter und gesunder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab, aber auch von organisatorischen Veränderungen und von der Unternehmenskultur.

Die NRW-Allianz Wirtschaft und Arbeit 4.0 - Politik, Wissenschaft, Wirtschaftskammern und Gewerkschaften - setzt ein richtiges Zeichen, indem

sie die Entwicklung von Wirtschaft UND Arbeit gemeinsam in den Blick nimmt und die damit Impulsgeber für den digitalen Entwicklungs- und Innovationsprozess sein will. Dies ist nach unserer Kenntnis bundesweit bislang einmalig.

#### **Zu Frage 5:**

##### **Welche Ursachen hat das im Vergleich zu den übrigen Bundesländern unterdurchschnittliche Wachstum der NRW-Wirtschaft?**

Die Ursachen für das zuletzt schwache Wirtschaftswachstum in NRW sind in den letzten Monaten Gegenstand intensiver Diskussionen gewesen. Dabei wurde eine Vielzahl von Einflussfaktoren genannt: der nach wie vor nicht beendete Strukturwandel an Rhein und Ruhr, die schwierige konjunkturelle Situation auf für NRW wichtigen globalen Produktmärkten wie Stahl und Chemie, der überdurchschnittlich hohe Besatz an Grundstoffindustrien, Sondereffekte wie der Rückzug von Opel aus Bochum, wirtschaftliche Belastungen durch die Auswirkungen der Energiewende und viele andere mehr. Hinzu kommt die regional durchaus unterschiedliche wirtschaftliche Dynamik in NRW.

Es wäre aber viel zu kurz gesprungen, nur auf die Veränderung des BIP in den Jahren 2015 und 2016 zu schauen. So hat etwa ein Bericht der Hessischen Landesbank vom Dezember 2014 zur wirtschaftlichen Entwicklung in NRW schon sehr klar auf strukturelle Probleme, aber auch auf erfolgreiche Entwicklungen, etwa im Ruhrgebiet, hingewiesen (Helaba, Volkswirtschaft/Research 2014: Nordrhein-Westfalen – Wachstum im Strukturwandel).

#### **Zu Frage 7:**

##### **Wie beurteilen Sie die von den Antragstellern vorgeschlagenen Maßnahmen, um Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung auszulösen?**

Wir teilen grundsätzlich die Auffassung, dass NRW Impulse für Investitionen und den Erhalt der Infrastruktur benötigt.

Viele der vorgeschlagenen Maßnahmen sind aus unserer Sicht allerdings zu einseitig angebotsorientiert.

Den hergestellten Zusammenhang zwischen einigen Landesgesetzen bzw. -strategien wie dem Klimaschutzgesetz, dem Klimaschutzplan, dem TVGG NRW oder dem LEP, die z.T. noch gar nicht in Kraft getreten sind, und der konstatierten, bereits über eine lange Periode anhaltenden Wachstumschwäche NRW's halten wir nicht für sachgerecht.

**Zu Frage 8:**

**Welche Maßnahmen müssten ergriffen werden, damit NRW den Wachstumsrückstand auf die übrigen Bundesländer aufholt?**

In ihrem Memorandum „NRW 2020 – Gute Arbeit, nachhaltige Entwicklung“ haben die Gewerkschaften eine stärker arbeitsorientierte Wirtschaftspolitik eingefordert und dabei höhere Investitionen und größere Anstrengungen bei der Steigerung der Innovationsfähigkeit als wichtige Hebel benannt. Neuere Forschungsergebnisse weisen zudem auf einen negativen Zusammenhang zwischen ökonomischer Ungleichheit und gesamtwirtschaftlicher Entwicklung hin.

Besondere Herausforderungen, aber auch Chancen liegen zudem in der forcierten ökologischen Entwicklung des industriegeprägten Standortes NRW. Er verfügt über die Produktivkräfte, um aus den Herausforderungen im Umwelt- und Klimaschutz eine neue wirtschaftliche Dynamik und zukunftsfähige Beschäftigungsfelder in vielen Branchen zu entfalten. Nicht zuletzt im Ruhrgebiet spielen der Leitmarkt Ressourceneffizienz und die zugehörige „Klimaschutzwirtschaft“ für das regionale Innovationssystem inzwischen eine wichtige Rolle (WMR, 2014: Wirtschaftsbericht Ruhr 2014).

**Zu Frage 9:**

**Mit welchen Maßnahmen kann sich das Land NRW im Bereich der Digitalisierung gegenüber anderen Regionen absetzen und somit eine führende Rolle einnehmen?**

Siehe Antwort Frage 4

**Zu Frage 10:**

**Gibt es Vorbildregionen in Europa hinsichtlich der erfolgreichen Bewältigung von Strukturwandel? Welche Strategien haben diese Regionen angewandt?**

Einen Überblick über Entwicklungen im Bereich der regionalen Innovationsmuster und –politikansätze liefert das Projekt „Regional Innovation Monitor“, durchgeführt von der Technopolis Group, dem Fraunhofer ISI und UNU-MERIT der Universität Maastricht. Das 2009 begonnene Projekt ist inzwischen in die dritte Phase eingetreten (Regional Innovation Monitor 2015-2016 – RIM Plus).

Der umfangreiche Bericht von Prognos und InWis „Lehren aus dem Strukturwandel im Ruhrgebiet für die Regionalpolitik“ (2015) enthält einige Beispiele, die als erfolgreiche Entwicklungsstrategien gelten wie z.B.:

- Eindhoven (Nordbrabant)/NL: High Tech Campus Eindhoven.
- Pittsburgh/USA: Strukturwandel mit Zielsetzung Gesundheitswirtschaft.
- Jönköping/Schweden: Erfolgreiche Unterstützung des Strukturwandels durch Gründungsunterstützung/Entrepreneurship.

Darüber hinaus können wir an dieser Stelle nur auf die breite wissenschaftliche und politische Debatte zu dem Thema verweisen.

### **Zu Frage 11:**

#### **NRW investiert pro Einwohner verhältnismäßig wenig in die Infrastruktur im Bundesvergleich. Muss angesichts historisch niedriger Zinsen mehr investiert werden, um Wohlstand zu schaffen?**

Studien konstatieren seit langem einen schleichenden Substanzverzehr in Deutschland. Die Höhe der öffentlichen Investitionen hängt unmittelbar mit den vorhandenen finanziellen Spielräumen zusammen. (vgl. Katja Rietzler, 2014: Anhaltender Verfall der Infrastruktur. IMK-Report 94). In NRW erklärt insbesondere der Verschuldungsgrad der Kommunen die geringen Investitionen.

Die Gewerkschaften halten es für dringend geboten, dass Deutschland und NRW wieder in ihre Zukunft und für eine wettbewerbsfähige, innovative Wirtschaft und für ein intaktes, soziales und grünes Gemeinwesen investieren. Die Investitionen von heute sind Arbeitsplätze und Wohlstand von morgen. deren Finanzierung muss gerecht und in einem historisch einmaligen Niedrigzinsumfeld auch günstig erfolgen. Deshalb haben die Gewerkschaften in dem Bericht der Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ einen „Pakt zur gerechten Finanzierung und Umsetzung öffentlicher Investitionen“ vorgeschlagen. Zu den Kernpunkten zählen u.a.:

- Öffentliche Investitionen müssen vorrangig aus Steuermitteln finanziert werden.
- Der Staat soll mit Blick auf die Schuldenbremse wenigstens den noch vorhandenen finanziellen Spielraum ausschöpfen. Zudem sollte der Vorschlag des Sachverständigenrates aufgegriffen werden, öffentliche Investitionen in die Infrastruktur von der Schuldenbremse auszunehmen.
- Finanzierungsinstrumenten wie ÖPP-Modellen, die jetzt für den Bereich der Verkehrsinfrastruktur diskutiert werden, stehen die Gewerkschaften angesichts der meist weit höheren Kosten und oft unklar definierter Risiken kritisch gegenüber.

Finanzschwache Kommunen in NRW müssen zudem überhaupt wieder in die Lage gebracht werden, positive Nettoinvestitionen zu realisieren. Es muss ihnen geholfen werden, Kassenkredite zügig wieder abzubauen, ohne dass das zu Einschränkungen bei der öffentlichen Daseinsvorsorge führt. Der Stärkungspakt Stadtfinanzen ist ein Instrument, das grundsätzlich in die richtige Richtung weist. An anderer Stelle haben die Gewerkschaften zudem steuerpolitische Vorschläge gemacht, die eine gerechtere Besteuerung aller Einkommensarten, insbesondere Vermögenseinkommen, zum Ziel haben, um die finanzielle Basis der öffentlichen Hand zu stärken.